



## Presseschau vom 26.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **Dagmar Henn: Der Bundestag und Afghanistan – Titanic, Volldampf voraus!**

Wer auf Einsicht gehofft hatte in dieser Bundestagsdebatte über den Bundeswehreinsatz am Kabuler Flughafen, der wurde schwer enttäuscht. Nicht der gewaltsame Regimewechsel ist gescheitert, nur die Afghanen. Und wenige Linke schaffen es noch, diesen Einsatz abzulehnen. ...

<https://kurz.rt.com/2mzf>

#### **de.rt.com: Ost-Ausschuss fordert von künftiger Bundesregierung bessere Beziehungen zu Russland**

Die Forderungsliste des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft an die kommende Regierung würde, wenn umgesetzt, eine Kehrtwende in der deutschen Ostpolitik einläuten. Kann es sein, dass deswegen Angela Merkel am Ende ihrer 16-jährigen Kanzlerschaft einer ihrer wichtigsten Abschiedsbesuche in Moskau abstattete? ...

<https://kurz.rt.com/2myr>

#### **de.rt.com: Gegen Dämonisieren der Taliban und das deutsche Hängen am US-Rockzipfel – Afghanistan-Experte**

Deutlichen Widerspruch zu den massenmedialen Darstellungen der Ereignisse in Afghanistan übt der deutsche Arzt Reinhard Erös in einem Interview. Er kritisiert aus jahrzehntelanger

Kenntnis des Landes den einseitigen Blick auf Kabul ebenso wie das pauschale Urteil über die islamistischen Taliban. ...

<https://kurz.rt.com/2myl>

**de.rt.com: Zivilisten als Opfer: US-Drohnenpiloten zeigen Aufnahmen von Luftangriffen in Afghanistan**

Drohnenpiloten des US-Militärs haben Videos von Angriffen in Afghanistan aus dem Jahr 2019 veröffentlicht. Unter den Opfern in der Zivilbevölkerung befindet sich auch ein Kind. Die Piloten berichten von anhaltenden Traumata und Zielkriterien, die Zivilisten leicht zu Opfern machten. ...

<https://kurz.rt.com/2mzs>

**Alexander Boos: Für Ostdeutschen Maschinenbau bleibt Russland wichtig – Verbandschef im Interview**

Das erste Mal seit dem Anfang der Pandemie können Maschinenbauer in Ostdeutschland so richtig aufatmen und positiv in die Zukunft blicken. Im SNA-Interview nennt Oliver Köhn vom „Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau“ Gründe dafür. Er erklärt, warum Handelspartner wie Russland und China sowie Ausbildungsplätze weiterhin wichtig bleiben. ...

...

<https://snanews.de/20210826/ostdeutscher-maschinenbau-russland-3369854.html>

**snanews.de: Nach Impfung mit Sputnik V: Schutzwirkung gegen Virus-Stämme nimmt allmählich zu – RDIF**

Der Schutz vor Coronavirus-Stämmen verstärkt sich innerhalb von sechs Monaten nach der Impfung mit dem russischen Vakzin Sputnik V, berichtete der Russische Direktinvestitionsfonds (RDIF) zu den Ergebnissen einer Studie in Argentinien. ...

<https://snanews.de/20210826/impfung-sputnik-v-schutzwirkung-virus-staemme-rdif-3371104.html>

**Arthur Buchholz: Sie wäscht ihre Hände in Unschuld**

Das Parlament spricht über die Krise in Afghanistan – und es wird klar, dass die Regierung so wenig Verantwortung wie möglich für das Debakel übernehmen will. Höhepunkt ist die Erklärung der Bundeskanzlerin, die das politische Irrlichtern auf die Spitze treibt – eine Dekonstruktion. ...

<https://kurz.rt.com/2n06>

**de.rt.com: Sicherheitsanalyst spricht nach Anschlag in Kabul vom Ende der NATO**

Laut dem US-amerikanischen Sicherheitsanalyst Michael Maloof zeigt der Anschlag auf den Flughafen in Kabul, dass die Taliban keine Kontrolle über andere islamistische Gruppen ausüben können. Bereits im Vorfeld hatte die islamistische Miliz ISIS-K Angriffe auf den Flughafen angekündigt. ...

<https://kurz.rt.com/2n18>

**abends/nachts:**

**snanews.de: Gerichtsniederlage für Nord Stream 2: Urteil eher Unternehmensfrage – Kreml**

Laut einem neuen Gerichtsurteil von Mittwoch muss die Nord Stream 2 AG eine Regulierung durch die Bundesnetzagentur befolgen. Der Kreml hat diese Entscheidung kommentiert. Die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 muss sich an die EU-Gasmarkt-Regulierung halten. Das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf wies am Mittwoch eine Beschwerde der

Projektgesellschaft gegen die Bundesnetzagentur zurück, die die Gasleitung im Bereich des deutschen Hoheitsgebiets regulieren will.

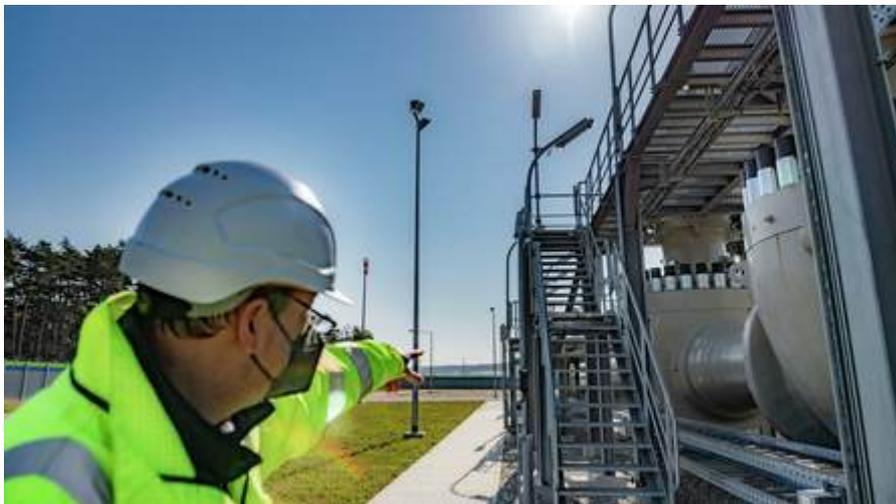
Den EU-Regeln zufolge soll das Gas getrennt produziert und transportiert werden. Das produzierende Unternehmen darf demnach keine transportierenden Röhren innerhalb der EU besitzen. Dazu noch soll Dritten der Zugang zu der Röhre gewährt und die Netzentgelte sollen von der Bundesnetzagentur reguliert werden. Betroffen ist der Teil der Pipeline, der in deutschen Territorialgewässern verlegt wurde.

Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Die Nord Stream 2 AG kann die Entscheidung vor dem Bundesgerichtshof anfechten. Die Gasleitung von Russland nach Deutschland soll dieses Jahr in Betrieb gehen.

Der Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärte, die Gerichtsentscheidung sei eher eine Unternehmensfrage, und die Nord Stream 2 AG solle die nächsten Schritte selber bestimmen. „Wir können nur wiederholen, Nord Stream 2 ist lediglich ein kommerzielles Projekt, das darauf abzielt, einen erheblichen Beitrag zur europäischen Energiesicherheit zu leisten“, so Peskow.

Früher wurde berichtet, dass der Pipeline-Bau in wenigen Wochen abgeschlossen sein könne.

...



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/16/2931137\\_0:320:3072:2048\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_9e7b1adc489ec9a14c2b86e05628aab4.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/16/2931137_0:320:3072:2048_1920x0_80_0_0_9e7b1adc489ec9a14c2b86e05628aab4.jpg)

### de.rt.com: **Inmitten angespannter Zeiten: Treffen der Außenminister von Russland und Österreich in Wien**

Der Außenminister der Russischen Föderation Sergei Lawrow besuchte im Rahmen seiner Europa-Reise am Mittwoch seinen Amtskollegen der Republik Österreich Alexander Schallenberg. Bei dem Treffen in Wien wies der Gastgeber mit Bedauern auf die schlechten Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und Russland hin. Schallenberg sagte: "Es ist schmerzvoll, eingestehen zu müssen, dass die Beziehungen von EU und Russland gegenwärtig einen Tiefpunkt erreicht haben."

Beide Seiten müssten dringend daran arbeiten, die Dinge zum Besseren zu wenden und wieder zu einer Partnerschaft zu finden, setzte Schallenberg fort. Er unterstrich die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen. Russland gehöre zu Europa; daher sei die Wiederannäherung von hoher Priorität.

Zu der Krisensituation in Afghanistan sagte der österreichische Diplomat, die internationale Gemeinschaft müsse jedwede Anstrengung unternehmen, um zu verhindern, dass das Land "wieder zu einem Stützpunkt des internationalen Terrorismus" wird. Es sei notwendig, Stabilität in der Region zu schaffen und "eine sehr große Welle an Migration zu verhindern". Am Tag vor dem Besuch hatte der russische Außenminister Vertretern der EU vorgeworfen, sie würden mehr daran denken zu verhindern, dass Russland und China aus der Situation in

Zentralasien als "Gewinner" hervortreten könnten. Sie sollten stattdessen lieber die Sorgen und Interessen der Menschen in Afghanistan berücksichtigen, so Lawrow. Seine Erklärung bezog sich auf eine Warnung des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell. Dieser hatte erklärt: "Was wir nicht tun dürfen, ist, die Chinesen und Russen die Situation [in Afghanistan] kontrollieren zu lassen, als Unterstützer von Kabul." Lawrow nutzte den Besuch in Wien zu seiner Erklärung über eine Konferenz zur Krim, die am 23. August in Kiew stattfand. Bei diesem Treffen einer "Krim-Plattform", an dem auch Vertreter der EU teilnahmen und ihre Unterstützung für die Position der Ukraine zum Ausdruck brachten, hätten Mitgliedsstaaten der EU und der NATO eine "falsch verstandene Solidarität" geübt. Wie TASS berichtet, wies der russische Diplomat darauf hin, dass jene, wenn sie eine Realpolitik verfolgen wollten, "sich von der Realität leiten" lassen müssten. Russland habe wiederholt die OSZE, den Europarat und die UNO eingeladen, auf der Krim die Einhaltung der Menschenrechte einzuschätzen. Lawrow sagte, die Teilnehmer der "Krim-Plattform" unterstützen "blindlings die Ukraine". Er fügte hinzu: "Die Krim-Plattform ist kein reales Ereignis."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6126569948fbef6a0b6ce1dd.jpg>

### **wpered.su: Die Kommunistische Partei der DVR führte eine Sitzung zur Fragen der Organisation eines Treffens mit Kandidaten der KPRF bei den Wahlen zur Staatsduma durch**

Heute, am 25. August, fand in Donezk eine Sitzung der Sekretäre der Stadt- und Bezirkskomitees der KP der DVR der Hauptstadt der Republik zur Frage der Durchführung eines Treffens mit Kandidaten der KPRF bei den Wahlen zur Staatsduma der RF statt. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow berichtete von seinem Arbeitsbesuch in Moskau, wo er sich mit der Führung der KPRF traf und Fragen des Wahlkampfes in der Donezker Volksrepublik erörterte.

So wurde der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der DVR Vertrauensperson der KPRF und Leiter des zentralen Stab für die Wahlen und erzielt Agitationsmaterial.

Auf der Sitzung der KP der DVR wurde entschieden, in Donezk ein Treffen mit den Kandidaten der KPRF, die Ende August die Donezker Volksrepublik besuchen, zu organisieren.

### **de.rt.com: Russische Evakuierungsflüge aus Kabul in Tadschikistan und Kirgisistan gelandet**

Im Auftrag von Präsident Wladimir Putin flogen das russische Militär die Bürger der OVKS-Mitgliedsstaaten aus Afghanistan in ihre Heimatländer aus. Die Maschinen mit tadschikischen und kirgisischen Staatsbürgern an Bord landeten am Mittwoch sicher an ihren Zielflughäfen.

Ein militärisches Transportflugzeug des russischen Verteidigungsministeriums beförderte die evakuierten Staatsangehörigen Tadschikistans zum Flugplatz der Stadt Hissor im Westen des Landes, hieß es in einer entsprechenden Mitteilung der Behörde. Kurz darauf landeten zwei weitere Maschinen aus Kabul mit kirgisischen Bürgern an Bord am Militärstützpunkt Kant in Kirgisistan.

Zuvor am Mittwoch hatte Russlands Staatschef Wladimir Putin angeordnet, insgesamt mehr als 500 Menschen, darunter russische Bürger und Staatsangehörige der Mitgliedstaaten der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), zu denen Tadschikistan, Kirgisistan und Weißrussland sowie Usbekistan und die Ukraine zählen, aus Afghanistan zu evakuieren. Zu diesem Zweck wurden vom russischen Verteidigungsministerium vier Evakuierungsflüge bereitgestellt.

Zuvor hatte Putin das Vorgehen der USA und ihrer Alliierten kritisiert und warf ihnen vor, Afghanistan im Chaos zu hinterlassen. Dies könne eine potenzielle Sicherheitsbedrohung für Russland und seine Verbündeten in Zentralasien und in direkter Nachbarschaft zu dem vom Krieg zerrütteten Land darstellen, indem Militante das Chaos ausnutzen könnten, um diese Staaten zu destabilisieren. Wie der russische Präsident weiter ausführte, sei Russland an keinem Krieg in Afghanistan interessiert oder daran, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Moskau werde seine Armee auch nicht in einen Krieg "Alle gegen Alle" hineinziehen lassen, so der Präsident.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61268b91b480cc67e0518c7d.jpg>

### **de.rt.com: US-Vizepräsidentin Harris: Vietnam soll Druck auf Peking erhöhen – und bekommt dafür einen Kutter**

Die US-Vizepräsidentin Kamala Harris hat während ihrer Südostasienreise Vietnam aufgefordert, vermehrt Druck auf China auszuüben. Chinesische Staatsmedien kontern, dass Versuche der USA, die Länder der Region gegen Peking aufzubringen, zum Scheitern verurteilt seien.

Die propagandistische Schlacht zwischen den USA und China in und um Südostasien geht in eine neue Runde. Die US-Vizepräsidentin Kamala Harris gab am Mittwoch bei einem Treffen mit dem vietnamesischen Präsidenten Nguyễn Xuân Phúc in Hanoi zum Besten:

"Wir müssen Mittel und Wege finden, um Druck auf Peking auszuüben – und zu erhöhen –, damit es sich an das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen hält und um seinen schikanösen und überzogenen maritimen Ansprüchen die Stirn zu bieten."

Zu diesem Zwecke sprach sich die US-Vizepräsidentin dafür aus, die Beziehungen zwischen den USA und Vietnam zu einer strategischen Partnerschaft auszubauen und Hanoi einen dritten ehemaligen Kutter der US-Küstenwache zur Verfügung zu stellen, damit dieses seine Interessen im Südchinesischen Meer besser verteidigen könne.

China und Vietnam gehören zu den Staaten, die Ansprüche auf umstrittene Gebiete in der

Meeresregion von Südostasien erheben. Darin sehen viele den Grund etwa dafür, dass Peking Militärstützpunkte auf künstlichen Inseln im Südchinesischen Meer errichtete.

Die USA ihrerseits führen regelmäßig sogenannte "Freedom-of-Navigation"-Missionen durch. Bei diesen Einsätzen, die angeblich im Zeichen der "freien Schifffahrt" stehen sollen, lassen sie Kriegsschiffe in die Nähe von Chinas Gewässern fahren – dies betrachtet das offizielle Peking als militärische Provokationen. Ferner wirft das offizielle Washington China vor, dass es seine Nachbarn einschüchtere, wenn es seinerseits Militärschiffe und Kampfflugzeuge in die Gebiete nahe Taiwan schickt.

Die Äußerungen von Harris in Hanoi folgten auf eine Rede, die sie bereits am Dienstag in Singapur gehalten hatte. Sie warf darin China vor, "unrechtmäßige" Gebietsansprüche zu erheben – und überhaupt "die auf Regeln basierende Ordnung" zu untergraben.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin kritisierte daraufhin die USA für ihren chaotischen Rückzug aus Afghanistan, das bekanntlich Anfang des Monats schnell von den Taliban überrannt wurde. Washington nehme es sich einfach heraus, "willkürlich" in ein anderes Land einzumarschieren und dann wieder abzuziehen, ohne die internationale Gemeinschaft zu konsultieren – da es andere Länder weiterhin "ungezügelt verleumdet, unterdrückt, nötigt und schikaniert", empörte sich Wang: "Diese Art von Ordnung wollen die USA."

Nach Ansichten, die in staatlichen Medien Chinas geäußert werden, sei Harris darauf aus, die Spannungen in der Region Südostasien zu erhöhen. So stand zum Beispiel in einem Leitartikel der China Daily:

"Während sie mit dem Finger auf China zeigte und es der 'Nötigung' und 'Einschüchterung' bezichtigte, ignorierte Harris geflissentlich ihre eigene Heuchelei – wo sie doch selbst versucht, die Länder der Region zu nötigen und einzuschüchtern, damit diese sich Washingtons Komplott zur Eindämmung Chinas anschließen."

In einem Leitartikel in der Global Times wurden die USA aufgefordert, sie sollten "den Wahn aufgeben, irgendein südostasiatisches Land zum Feind Chinas zu machen". In einem weiteren Artikel der in Peking ansässigen Zeitung wurde ebenfalls argumentiert, jegliche Versuche, die Region gegen China aufzubringen, seien von vornherein zum Scheitern verurteilt:

"Noch nicht einmal vor dem imageschädigenden Fiasko der USA in Afghanistan pflegten die meisten südostasiatischen Länder, sich etwa zwischen China und den USA nur für eine Seite zu entscheiden."

Den Grund für eine solche Haltung in Bezug auf die USA sieht man bei der Zeitung darin, dass "viele von den leeren Versprechungen Washingtons schlicht nicht überzeugt" seien.

Die Anreise von Singapur nach Vietnam hatte sich für Harris nach Angaben der US-Botschaft in Hanoi aufgrund von Berichten über einen möglichen "anormalen Gesundheitsvorfall" in der vietnamesischen Hauptstadt um mehrere Stunden verzögert.

Eine ähnliche Formulierung verwendeten die USA auch zuvor schon: Damit umschrieben sie eine mysteriöse Reihe von Symptomen, unter denen US-amerikanisches diplomatisches Personal zuweilen gelitten haben soll – diese fassten sie auch unter der Sammelphrase "Havanna-Syndrom" zusammen. Das "Syndrom" wurde erstmals 2016 aus Kuba gemeldet und war mit Schwindel, Kopfschmerzen, Übelkeit, Hör- und Gedächtnisverlust verbunden. Jüngst wurde es auch aus Berlin vermeldet.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6126611fb480cc524155aa82.jpg>

snanews.de: **Taliban stellen Ausreisemöglichkeit auch nach US-Abzug in Aussicht – Vermittler**

Die radikal-islamistischen Taliban haben in Verhandlungen mit der Bundesregierung versichert, dass die Afghanen mit gültigen Papieren auch nach dem US-Truppenabzug am 31. August das Land verlassen dürfen. Das twitterte der deutsche Verhandlungsführer Markus Potzel am Mittwoch.

Die Nachricht verkündete er nach Gesprächen mit dem Vizechef des politischen Büros der Taliban in Katar, Schir Mohammed Abbas Staneksai.

Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer sagte in Berlin, die Zusage Deutschlands, ehemalige afghanische Mitarbeiter aufzunehmen, gelte auch nach Ablauf der Frist.

Inzwischen berichteten Medien, dass die Bundeswehr ihre Luftbrücke aus der afghanischen Hauptstadt Kabul schon am Donnerstag beenden wolle. Demnach sollen morgen vier Maschinen mit Evakuierten und den deutschen Soldaten ins usbekische Taschkent fliegen. In Kreisen der Bundesregierung hieß es, man könne die Berichte nicht bestätigen. ...



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/17/3334238\\_0:0:3073:1728\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_d3d987d18e039391b930e9331ac512b6.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/17/3334238_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_d3d987d18e039391b930e9331ac512b6.jpg)

de.rt.com: **Moskau holt über 100 russische Kinder aus Flüchtlingslager in Nordostsyrien zurück**

Moskau will eine große Gruppe russischer Kinder aus einem Flüchtlingslager in al-Hasaka nach Russland zurückholen. Das Gebiet im Nordosten Syriens steht unter der Kontrolle der sogenannten kurdischen Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) und US-Besatzer.

Russland plant, 106 russische Kinder, die sich noch im Flüchtlingslager al-Haul im Nordosten Syriens aufhalten, zurückzuholen. Das sagte der Ständige Vertreter Russlands bei den

Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, am Dienstag. Das Flüchtlingslager in der Provinzal-Hasaka ist faktisch ein provisorisches Gefängnis, das von den sogenannten kurdischen Demokratischen Kräften Syriens (SDF) als dortiger Partner der USA betrieben wird. Die syrische Regierung hat keinen Zugang zum Lager al-Haul, in dem es immer wieder zu Gewaltvorfällen kommt.

"Die in al-Haul verbliebenen Kinder werden bald in die Heimat zurückkehren. Es sind 106 Kinder. Angesichts der sich verschlechternden Sicherheitslage im Lager rufen wir die Kollegen auf, unserem Beispiel zu folgen", sagte Nebensja und fügte hinzu, dass russische Kinder bereits im Juli aus dem Lager Roj herausgeholt worden seien.

Anfang dieses Jahres führten kurdische Milizen (YPG) und die inneren Sicherheitskräfte (Asayish) eine Reihe von Razzien im Lager al-Haul durch, um IS-Aktivisten festzunehmen, die unter Verdacht standen, eine Reihe von Morden und Entführungen im Lager angeordnet zu haben.

Ein nicht weniger beunruhigendes Problem sind zudem die rund 65.000 Frauen und Kinder, die im Flüchtlingslager al-Haul festgehalten werden. Die humanitären Bedingungen in al-Haul sind katastrophal. Russland und die syrische Regierung zeigten sich bereits besorgt über die Radikalisierung der dort ansässigen Gefangenen.

Die US-geführte Anti-ISIS-Koalition bot in den letzten Jahren finanzielle Unterstützung an, um die Sicherheit der Gefängnisse zu erhöhen. Großbritannien soll das Vorhaben finanziert haben. Es gab Berichte über Ausschreitungen und Gefängnisausbrüche in den Gefängnislagern in al-Hasaka. Die SDF fordern seit Langem von westlichen Staaten, deren Bürger, einschließlich ISIS-Mitglieder und Kinder, zurückzuholen. Die USA versuchten unter anderem, die europäischen Verbündeten dazu zu drängen, diese Kämpfer vor deren eigenen Gerichten juristisch zur Verantwortung zu ziehen. Großbritannien entzog den britischen ISIS-Kämpfern allerdings die Staatsbürgerschaft.

Die russische Entscheidung über die Rückführung von russischen Kindern erfolgt inmitten einer Einschätzung in Moskau, wonach sich eine verschlechternde Sicherheitslage in Ostsyrien abzeichnet. Dieser Schritt könnte einen Versuch Irans oder der Türkei voraussetzen, die USA aus Ostsyrien zu verdrängen, insbesondere nachdem die USA Afghanistan im Chaos verlassen und die Partnertruppen dort im Stich gelassen hatten, kommentiert die israelische Zeitung Jpost.

"Russland weiß vielleicht etwas, was der Westen nicht weiß. Dies könnte der Beginn einer neuen Runde des Chaos in Ostsyrien oder eine koordinierte Entscheidung Russlands, Irans und der Türkei sein, die USA aus Ostsyrien zu verdrängen, nachdem die USA Afghanistan verlassen haben."

Es ist nicht klar, wie die russischen Kinder ins Lager gelangt sind. Einige Russen schlossen sich dem IS im Zuge des von außen aufgeputschten Konflikts in Syrien an, insbesondere Russen aus Tschetschenien und anderen Regionen im Süden Russlands.

Russland unternimmt seit Sommer 2017 Anstrengungen, um russische Minderjährige im Irak und in Syrien zu identifizieren und zu evakuieren. Bis zu 341 Kinder wurden Berichten zufolge in diesem Zeitraum aus dem Irak und Syrien nach Hause zurückgeholt.

Die USA unterstützen faktisch – unter dem Vorwand der Bekämpfung des IS – kurdische Separatisten in Nordostsyrien. Die provisorischen Gefängnisse und Flüchtlingslager in diesen Gebieten, in denen Tausende Islamisten, aber auch Frauen und Kinder unter katastrophalen Bedingungen festgehalten werden, machen deutlich, dass das US-Militär und dessen Verbündete genauso wie in Afghanistan nicht Herr der Lage geworden sind.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61260d2e48fbef4376459853.jpg>

**vormittags:**

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 25. August 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

**Kalinowo-Borschtschewatoje** wurde mit Schusswaffen beschossen.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Warnungen vor Terrorgefahr am Flughafen Kabul – Menschenmassen drängen sich weiterhin vor den Toren**

Tausende Menschen drängen sich immer noch um den Flughafen Kabul, in der Hoffnung, einen Evakuierungsflug zu bekommen. Doch die Sicherheitslage wird immer schlechter. Inzwischen wurden die Menschen aufgefordert, das Gelände zu verlassen. Es besteht Terrorgefahr.

Riesige Menschenmengen drängen sich weiterhin vor den Zugängen zum Flughafen Kabul. Die Umgebung sei "unglaublich überfüllt", sagte ein westlicher Diplomat gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters. Tausende Menschen versuchen weiterhin, in eines der Evakuierungsflugzeuge zu gelangen, um das Land nach der Machtübernahme durch die Taliban zu verlassen. Die Zeit rennt ihnen davon.

Alle US-amerikanischen und verbündeten Truppen sollen das Airport nächste Woche verlassen. Deutschlands Evakuierungsmission soll laut Medienberichten bereits am Donnerstag enden. Übereinstimmend berichten RTL und ntv, dass die letzten deutschen Soldaten am Freitag aus Kabul ausgeflogen werden sollen.

Die USA und ihre Verbündeten haben ihre Staatsbürger aufgefordert, den Flughafen von Kabul wegen der Gefahr eines Terroranschlags des Islamischen Staates zu verlassen. US-Bürger, die sich derzeit am Abbey Gate, East Gate oder North Gate aufhielten, sollten das Gebiet "sofort" verlassen, warnte die US-Vertretung in Kabul. In einer Mitteilung der US-Botschaft heißt es weiter:

"Aufgrund der Sicherheitsbedrohungen vor den Toren des Flughafens Kabul raten wir US-Bürgern, derzeit nicht zum Flughafen zu reisen und die Tore des Flughafens zu meiden."

Auch die deutsche Botschaft in Afghanistan sowie die Vertretung Australiens warnten vor Terrorgefahr rund um den Airport der afghanischen Hauptstadt. Die britische Regierung forderte ebenfalls ihre Bürger in der Nähe des Airports in Kabul dazu auf, sich an einen sicheren Ort zu begeben und auf weitere Anweisungen zu warten.

Bereits am Dienstagabend (Ortszeit) warnte US-Präsident Joe Biden vor einer wachsenden

Terrorgefahr am Flughafen in Kabul. Jeder Tag, den man wegen der Evakuierungen länger vor Ort bleibe, sei ein weiterer Tag, an dem ein örtlicher Ableger der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) versuche, den Airport anzugreifen, sagte Biden. Es gebe die "akute und wachsende Gefahr eines Anschlags". Der IS-Ableger sei ein erklärter Feind der Taliban, so der US-Präsident. Mit einem Anschlag auf den Flughafen könnten die Terroristen die Glaubwürdigkeit der Taliban als neue Machthaber erschüttern und auch ausländische Truppen treffen, die der Gruppe verhasst sind, so die Logik. Mit Blick auf die Evakuierungen sagte Biden:

"Je früher wir es abschließen, desto besser."

Der Militäreinsatz zum Ausfliegen westlicher Staatsbürger, afghanischer Ortskräfte und anderer Schutzbedürftiger ist von der Präsenz der aktuell rund 6.000 US-Soldaten abhängig. Die USA halten jedoch an ihrem Abzug bis zum 31. August fest.

Ein Beamter der afghanischen Zivilluftfahrt, der am Flughafen arbeitet, sagte gegenüber Reuters, dass sich die Menschen trotz der Warnungen vor möglichen Angriffen weiterhin vor den Toren drängen. "Aber die Menschen wollen sich nicht vom Fleck rühren, es ist ihre Entschlossenheit, dieses Land zu verlassen, sie haben nicht einmal Angst zu sterben", sagte er der Nachrichtenagentur.

Die Taliban, die fast alle Landesteile Afghanistans sowie die Hauptstadt Kabul – bis auf den Flughafen – kontrollieren, pochen darauf, dass die Amerikaner wie geplant abziehen. In den elf Tagen seit dem Einmarsch der Taliban in Kabul haben die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten mehr als 85.000 Menschen vom Airport der Hauptstadt ausgeflogen. Allein in den letzten 24 Stunden sollen mehr als 19.000 Menschen aus dem Land gebracht worden sein. Nach Angaben des US-Militärs starten die Flugzeuge etwa alle 39 Minuten. Laut Washington sollen sich noch maximal 1.500 US-Amerikaner in Afghanistan befinden. Nach Angaben der Bundeswehr ist heute Morgen ein weiteres Flugzeug aus Taschkent Richtung Kabul gestartet, um dort "weitere Schutzsuchende aufzunehmen".

Am Vorabend hatte die Bundeswehr mit dem letzten von mehreren Flügen am Mittwoch 167 Menschen aus der afghanischen Hauptstadt ausgeflogen. "Insgesamt 5.193 Personen konnten seit Beginn der Evakuierungsmission durch die Bundeswehr in Sicherheit gebracht werden – allein gestern waren es 539", schrieb das Verteidigungsministerium am Donnerstag auf Twitter.

"Wir evakuieren bis zur letzten Sekunde."

Die Bundesregierung ist wegen ihrer Fehleinschätzung in Afghanistan massiv unter Druck geraten. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte am Mittwoch im Bundestag Fehler eingeräumt. Merkel sagte, dass die westlichen Staaten es unterschätzt hätten, wie "atemberaubend schnell die afghanischen Sicherheitskräfte nach dem Truppenabzug ihren Widerstand gegen die Taliban aufgeben".

Für die kommenden Wochen und Monate kam Merkel zu der ernüchternden Erkenntnis, dass man in Afghanistan nun nicht mehr an den Taliban vorbeikomme. "Unser Ziel muss es sein, dass so viel wie möglich von dem, was wir in den letzten 20 Jahren in Afghanistan an Veränderungen erreicht haben, bewahrt wird." Darüber sei auch mit den Taliban zu sprechen. "Die Taliban sind jetzt Realität in Afghanistan."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6127341e48fbef68c77dcaaa.JPG>

**dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 25. August 3:00 Uhr bis 26. August 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

*Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).*

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Dolomitnoje, Alexandrowka.**

Die Versuche der DVR, im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Zahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 5.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

**deu.belta.by: Rostfreie Brüderlichkeit und Allwetterpartnerschaft von Belarus und China werden verstärkt**

Belarus und China haben vereinbart, das Niveau der politischen Zusammenarbeit zu erhöhen. Das hat heute Nikolai Borisewitsch, stellvertretender Außenminister, bei der Eröffnungsfeier des Jahres der Regionen Belarus und Chinas, die im belarussischen Auswärtigen Amt stattfand, mitgeteilt.

In kurzer Zeit werde es den belarussisch-chinesischen Beziehungen den Status von „rostfreien Brüderlichkeit, allseitigen strategischen Zusammenarbeit und Allwetterpartnerschaft“ verleihen.

„China spielt eine besondere Rolle für unsere Außenpolitik. Das ist unser strategischer Hauptpartner in Asien. Wir haben mit China die Vereinbarung erzielt, das Niveau der politischen Zusammenarbeit zu erhöhen. Das wird in der gemeinsamen Erklärung festgelegt, die beim nächsten hochrangigen Besuch unterschrieben wird“, sagte Nikilai Borisewitsch.

Belarus und China haben die diplomatischen Beziehungen am 20. Januar 1992 aufgenommen.

Während des Staatsbesuchs von Alexander Lukaschenko im September 2016 wurde die gemeinsame Erklärung über vertrauliche allseitige strategische Partnerschaft und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit unterzeichnet.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2021/000020\\_1629963343\\_58118\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1629963343_58118_big.jpg)

Lug-info.com: In der LVR sind am 26. August um 9:00 Uhr 8595 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 6864 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 837 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 25. August wurden in der DVR 1102 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 396 positiv, bei 68 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 26. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 55.154 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

6428 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 44.702 als gesund entlassen, es gibt 4024 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 221 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 20 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 168 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2350 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 872 mit Sauerstoffunterstützung (+86 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2247 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snews.de: **BND unterstützt Evakuierungsaktion in Kabul**

Die Evakuierungsaktion der Bundeswehr in Kabul wird seit ihrem Beginn von einem Team des Bundesnachrichtendienstes (BND) unterstützt.

Der deutsche Auslandsgeheimdienst ist nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur vom Donnerstag ohne Unterbrechung auch nach der Einnahme der afghanischen Hauptstadt durch die militant-islamistischen Taliban in Kabul aktiv.

In der Zwischenzeit habe der Dienst sein Team ausgetauscht, um die Evakuierungsaktion mit frischen Kräften zu unterstützen.

Die BND-Agenten würden unter anderem die Sicherheitslage aufklären und Verbindung zu anderen Geheimdiensten halten, hieß es. Offiziell wollte sich der BND zu dem Einsatz in Afghanistan nicht äußern.



[https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/11/194751\\_0:144:3127:1903\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_f5ec958f3e878664f51f5ae8d185a936.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/11/194751_0:144:3127:1903_1920x0_80_0_0_f5ec958f3e878664f51f5ae8d185a936.jpg)

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Um 5:30 Uhr wurde infolge von Beschuss mit Schusswaffen von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine aus Richtung Solotoje-4 in Richtung **Solotoje-5** die Fensterverglasung der Roman-Salkow-Mittelschule Nr. 4 in der Wojkow-Straße beschädigt.

#### snnews.de: **Nach Vorfall im Schwarzen Meer: Botschafter warnt London vor Wiederholung der „Defender“-Situation**

Der russische Botschafter in London, Andrej Kelin, hat in einem Interview für die BBC-Sendung „Hardtalk“ die britische Regierung vor einer Wiederholung des Vorfalls im Schwarzen Meer gewarnt und erklärt, dass es für Großbritannien schwieriger werde, ohne Vorwarnung in russische Hoheitsgewässer einzulaufen.

Kelin erinnerte im Gespräch an den Juni-Vorfall um den Zerstörer „Defender“ nahe der Krim-Küste. Dem Diplomaten zufolge ist das britische Schiff ohne Vorwarnung in die Hoheitsgewässer Russlands im Schwarzen Meer eingedrungen und hat russisches Recht nicht eingehalten.

„Wir haben nicht gesagt, dass wir das Feuer eröffnen werden, wie vielleicht einige Parlamentsmitglieder gesagt haben, aber das nächste Mal wird es für sie viel schwieriger sein, denn dies ist nicht das erste Mal, dass ein britisches Kriegsschiff das tut (in die Territorialgewässer Russlands eindringt – Anm. d. Red.)“, wird der Diplomat von russischen Medien zitiert.

Bei dem „Defender“-Vorfall handelt es sich laut Kelin nicht um eine „unschuldige Passage“ des Schiffs, wie die britische Regierung behauptet. Es sei eine Demonstration gewesen, dass sie sich angeblich in den Gewässern der Ukraine befunden hätten.

Nach Kelins Worten wurden die Beziehungen zwischen Großbritannien und Russland in „eine Sackgasse getrieben und nähern sich dem Gefrierpunkt“.

Ende Juni hatte das russische Verteidigungsministerium bekanntgegeben, dass der britische Zerstörer „Defender“ die russische Grenze nahe Kap Fiolent (südwestlich von Sewastopol auf der Krim – Anm. d. Red.) überquert habe. Ein russisches Grenzschiff hatte nach wiederholten Warnungen, auf die das britische Schiff nicht reagierte, Warnschüsse in Richtung des Zerstörers abgefeuert. Das britische Verteidigungsministerium und der britische Premierminister hatten hingegen die Schüsse mit Verweis darauf, dass sich die „Defender“ nicht in russischen Hoheitsgewässern befunden habe, dementiert.

Im russischen Verteidigungsministerium ist das Vorgehen der Besatzung des britischen Schiffes als grober Verstoß gegen die UN-Seerechtskonvention bezeichnet worden.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/06/18/2614514\\_0:4:1901:1073\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_40baf4fce160ec6e9715677aa001d60c.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/06/18/2614514_0:4:1901:1073_1920x0_80_0_0_40baf4fce160ec6e9715677aa001d60c.jpg)

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Gestern um 23:30 Uhr haben die BFU einen Schlag auf **Wassiljewka** verübt, indem sie eine selbstgebaute Sprengereinrichtung mit einem mechanischen Salvenmechanismus, der aus zwei Geschossen bestand, von einer Drohne abgeworfen haben.

Infolge der Detonation der Sprengereinrichtung wurden Schäden an 12 Quadratmetern Dach, 0,5 Quadratmetern Wand und der Verglasung von drei Fensterblöcken des Hauses in der Lesnaja-Straße 4 festgestellt.

Durch glücklichen Zufall detonierte das zweite Geschoss nicht.

**nachmittags:**

snaneews.de: **Großbritannien, USA, Australien und Nato warnen vor Terrorgefahr am Flughafen von Kabul**

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat in einem Gespräch mit der „Financial Times“ (FT) gesagt, dass ein Risiko des Anschlags auf dem Hamid Karzai International Airport von Tag zu Tag steige. Die Warnung wurde ausgesprochen, als westliche Länder am Vortag wegen terroristischer Bedrohung ihren Bürgern von Reisen zum Flughafen abgeraten hatten. Laut Stoltenberg sei die Terrorgefahr auf dem Flughafen nicht „theoretisch“, sondern „real“. Der Westen stehe aktuell vor einem Dilemma. „Einerseits möchten wir so viel Zeit wie möglich haben, um so viele Menschen wie möglich herauszuholen“, erklärte Stoltenberg am Donnerstag gegenüber FT. „Gleichzeitig (...) wenn wir über den 31. August hinaus bleiben, vor allem wenn wir nicht zumindest eine Art stillschweigende Zustimmung der Taliban haben, steigt die Gefahr von Anschlägen“, so der Nato-Chef.

Am Mittwoch hatte die US-Botschaft in Kabul eine Sicherheitswarnung erlassen, in der sie allen US-Bürger davon abriet, zum Flughafen der afghanischen Hauptstadt zu kommen. „Es sei denn, Sie erhalten individuelle Anweisungen von einem Vertreter der US-Regierung“, lautete die Mitteilung. „US-Bürger, die sich derzeit am Abbey Gate, East Gate oder North Gate aufhalten, sollten das Gebiet sofort verlassen“, so die US-Botschaft.

Auch die britische Regierung hatte am Mittwoch seine Bürger aufgefordert, das Gebiet in der Nähe des Flughafens zu meiden. Noch auf dem Weg zum Internationalen Flughafen Kabul sollen nach Angaben der Regierung Menschen misshandelt worden sein. „Die Sicherheitslage in Afghanistan ist weiterhin unbeständig. Es besteht eine ständige und hohe Bedrohung durch Terroranschläge“, heißt es in dem aktualisierten Reisehinweis.

Von der Terrorgefahr am Flughafen von Kabul sprach am Donnerstag auch die australische Außenministerin Marise Payne. Australien evakuiert seit mehr als einer Woche seine Bürger und Visuminhaber vom Flughafen Kabul. Am späten Mittwoch hatte Canberra seine Bürger und Personen mit australischen Visa auch aufgefordert, das Gebiet des Flughafens in Kabul zu verlassen und dort nicht mehr hinzureisen.

Bereits vor einer Woche hatte die Deutsche Botschaft Bürgern abgeraten, sich ohne die offizielle Aufforderung aus dem Amt dem Flughafen zu nähern. Am Montag hatte die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer vor wachsender Terrorbedrohung in Afghanistan gewarnt. „Wir haben unglaublich viele Flüchtlinge in der Stadt: Wir haben eine verschlechterte Versorgungslage. Wir haben zunehmend auch Drohungen, auch von anderen terroristischen Gruppen“, sagte die CDU-Politikerin am Montag bei „Bild TV“.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/1a/3367528\\_0:320:3073:2048\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_3a703ac056a063794ce396cae3388cf0.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/1a/3367528_0:320:3073:2048_1920x0_80_0_0_3a703ac056a063794ce396cae3388cf0.jpg)

#### de.rt.com: **Westliche Länder geben Ende von Evakuierungsmissionen aus Kabul bekannt**

Mit Abzug des letzten US-Soldaten werden Evakuierungen aus Kabul eingestellt. Die Terrorgefahr am Flughafen wächst und die Taliban rufen die Menschen auf, den Flughafen zu meiden. Die Türkei überlegt, Personal vor Ort zu lassen, damit Flüge auf dem Flughafen weiterhin starten und landen können.

Frankreich wird die letzten Rettungsflüge am Freitag einstellen. Das Land hatte bislang 2.000 afghanische Bürger ausgeflogen. Die Niederlande gaben am Donnerstag bekannt, keine Evakuierungsflüge mehr durchzuführen. Auch Dänemark erklärte seine Mission für beendet. Frankreich verweist auf den Abzug der US-Truppen, die die Sicherung des Flughafens gewährleisten. Der französische Premierminister Jean Castex bestätigte dies gegenüber dem französischen RTL Radio.

Der Sprecher und Berater des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, İbrahim Kalın, empfahl, dass türkische Helfer in Afghanistan verbleiben sollten, nachdem die Truppen Ankaras das Land verlassen haben. Diese könnten dabei helfen, den internationalen Flughafen Hamid Karzai zu sichern. Der zivile Luftverkehr ist derzeit unterbrochen.

Kalın teilte am Mittwoch mit:

"Nach dem Abzug unserer Truppen könnten wir diese operative Aufgabe auf dem dortigen Flughafen fortsetzen. Wenn die Bedingungen stimmen und eine Vereinbarung in dieser Richtung getroffen wird, werden wir diesen Dienst dort weiter anbieten."

In einer Erklärung auf der Webseite des türkischen Verteidigungsministeriums hieß es:

"Die Türkei hat ihre Absicht bekundet, den internationalen Flughafen Hamid Karzai weiterhin nach internationalen Standards zu sichern und zu betreiben, wie sie es seit sechs Jahren getan hat, indem sie sagte: 'Die Türkei wird dem afghanischen Volk so lange zur Seite stehen, wie es dies wünscht.'"

Die Taliban haben die Türkei mehrmals ermahnt, dass auch sie das Land mit dem Abzug der NATO-Truppen verlassen müsste. Stichtag hierfür ist Freitag. Nach den Plänen der USA sollten alle verbleibenden Truppen Ende August abgezogen und die Evakuierungsflüge eingestellt werden. Auch die türkischen Soldaten sollen das Land in den nächsten 24 bis 36 Stunden verlassen haben. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg warnte vor dem steigenden Risiko der Terroranschläge am Flughafen, je länger sich die Ausländer dort aufhielten. US-Präsident Joe Biden bestätigte, dass er an der Frist des 31. August für den Abschluss der Evakuierungen festhalte. Andere NATO-Länder hatten Washington dazu gedrängt, die Evakuierungen länger durchzuführen, um noch mehr Menschen vor den militant-islamistischen Taliban zu retten. Nach Angaben des Pentagon wurden bereits 88.000 Menschen ausgeflogen. Weitere 10.000 warten am Flughafen auf ihre Ausreisemöglichkeit. Der Flughafen von Kabul wird derzeit von US-Truppen kontrolliert. Vor den Toren des Flughafens versuchen Tausende, noch auf das Gelände zu kommen, um in die ausländischen Maschinen zu gelangen und das Land zu verlassen, bevor alle Länder die Evakuierungen eingestellt haben. Das Gedränge und Schusswechsel forderten bereits mehrere Todesopfer.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61275f7b48fbef15e309118b.jpg>

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 26.08.2021**  
**In den letzten 24 Stunden** wurden **zwei Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer aus der 28. Brigade von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus **Alexandrowka** beschossen und drei Granaten mit automatischen Granatwerfern abgefeuert.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 30. Brigade von den Positionen in Trawnwoje aus **Dolomitnoje** mit Antipanzergranatwerfern beschossen und zwei Granaten abgefeuert.

**Seit Beginn des heutigen Tages** hat der Gegner **eine Feuerprovokation** begangen.

Kämpfer der 128. Brigade haben von den Positionen in Lebedinskoje aus **Leninskoje** beschossen und sechs Granaten mit einem Unterlaufgranatwerfer abgefeuert.

Nach genauen Informationen haben ukrainische Kämpfer **am 25. August** im Vorfeld des Treffens der Mitglieder der dreiseitigen Kontaktgruppe einen weiteren Schlag auf **Wassiljewka** verübt und eine selbstgebaute Sprengeinrichtung mit einer Drohen abgeworfen. Infolge der Detonation der Sprengeinrichtung wurden Schäden an Dach, Mauern und Fensterverglasung des Wohnhauses in der Lesnaja-Straße 4 festgestellt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen sieben Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

vier Schützenpanzerwagen und ein Antimörserradar AN/TPQ-48 in einem Wohngebiet in Nowogrigorowka.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen und ein Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Marjinka.

**Wir stellen weiter Probleme mit der Personalausstattung in den Einheiten der ukrainischen bewaffneten Formationen in der OOS-Zone fest.**

Die nicht rechtzeitige Zahlung von Kampfzulagen, die nicht zufriedenstellende Lebensmittel- und Materialversorgung zwingen das Offizierspersonal die Verträge über den Militärdienst nicht zu verlängern oder auch bestehende aufzulösen. In den Einheiten der 25. Brigade fehlt die Ebene der „Zugkommandeure“ praktisch vollständig, im Zusammenhang damit hat der Brigadekommandeur Sentschenko entschieden, die Ausübungen dieser Funktionen auf Unteroffiziere und in einigen Fällen auf einfache Soldaten zu übertragen.

Wir bemerken die **Durchführung von technischen Arbeiten am vorderen Verteidigungsbereich durch den Gegner.**

Im Gebiet von Bogdanowka führen Kämpfer des 3. Bataillons der 93. Brigade technische Arbeiten zur Ausrüstung neuer Positionen durch.

Aufgrund eines Mangels an Personal hat der Brigadekommandeur Brishynskij die Anweisung erteilt, zur Ausrüstung von Schützengräben Zivilisten aus in der Nähe liegenden Ortschaften heranzuziehen.

Der moralisch-psychische Zustand der ukrainischen Soldaten in der OOS-Zone ist weiter äußerst schlecht, nicht nur wegen des systematischen Drogen- und Alkoholkonsums sondern auch wegen der qualitativ minderwertigen materiellen Ausstattung.

So sind die Soldaten des 1. Bataillons der 93. Brigade im Zusammenhang mit dem Mangel an Lebensmitteln wegen Unterbrechungen der Lieferung an die Frontpositionen gezwungen, militärisches Material, insbesondere Tarnnetze, an die örtliche Bevölkerung zu verkaufen.

Nach Informationen von Einwohnern von Nowotroizkoje haben Kämpfer der 93. Brigade seit Beginn dieser Woche fünf Sätze von Tarnnetzen bei einem landwirtschaftlichen Betrieb gegen eine Tonne Kartoffeln eingetauscht.

snanews.de: **Tödliche Explosionen am Flughafen in Kabul: IS hinter Anschlag vermutet – Bericht**

Vor dem Flughafen in Kabul hat ersten Erkenntnissen zufolge zwei Explosionen gegeben - eine an einem der Flughafentore und eine bei einem nahe gelegenen Hotel. Dabei soll es Dutzende Tote und Verletzte geben. Das Portal „Politico“ berichtete unter Berufung auf Quellen, dass die IS-Terroristen hinter dem Anschlag stecken sollen.

Wie ein Korrespondent von Fox News unter Berufung auf US-Regierungskreise mitteilte, sind auch US-Soldaten unter den Verletzten. Bis zu drei Mitglieder der US-Streitkräfte sind demnach betroffen.

**Keine deutschen Soldaten verletzt**

Bei der Explosion sind keine deutschen Soldaten verletzt worden.

„Nach bisherigen Erkenntnissen kam es heute Nachmittag gegen 15.20 Uhr MESZ zu einer Explosion im Außenbereich des Flughafens Kabul“, teilte das Einsatzführungskommando am Donnerstag mit.

Einsatzkräfte der Bundeswehr seien nicht betroffen.

Der Pentagon-Sprecher John Kirby konnte zunächst nicht präzisieren, ob es Tote und Verletzte gibt. Das Ministerium werde weitere Details bekanntgeben, sobald diese verfügbar seien.

Örtliche Journalisten berichteten zunächst von einem Selbstmordattentat.

Bilal Sarwary twitterte unter Berufung auf Augenzeugen, dass es einen „großen Selbstmordanschlag“ gegeben habe. Das Portal „Politico“ berichtete unter Verweis auf Insider-Informationen, dass die Terrormiliz Islamischer Staat (IS)\* hinter der Attacke stehen soll.

In den vergangenen Tagen hatte es zunehmend Warnungen vor Terroranschlägen rund um den Flughafen in Kabul gegeben.



[https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/1a/3373784\\_68:0:2489:1362\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_0c420c0e43a38ab0fb11e5820af82e.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/1a/3373784_68:0:2489:1362_1920x0_80_0_0_0c420c0e43a38ab0fb11e5820af82e.jpg)

#### de.rt.com: **Iran plant Militärübung mit Russland und China im Persischen Golf**

Nach dem Abzug der US-Truppen aus Afghanistan werden Russland, Iran und China gemeinsame Seeübungen im Persischen Golf abhalten. Nach Ansicht der Global Times sollen damit auch die militärischen Fähigkeiten Irans gestärkt werden, um der Bedrohung durch den Westen effektiv begegnen zu können.

Russland, Iran und China werden Ende 2021 oder Anfang 2022 gemeinsame Seeübungen im Persischen Golf abhalten. Dies teilte der russische Botschafter in Teheran, Levan Dzhagaryan, mit, wie die Nachrichtenagentur RIA am Montag berichtete. Die Marinemanöver, an denen Marineschiffe der drei Länder teilnehmen, werden sich auf die Sicherheit der Schifffahrt und die Bekämpfung der Piraterie konzentrieren, so der Botschafter. Iran und Russland führten im Februar dieses Jahres eine gemeinsame Marineübung im nördlichen Indischen Ozean durch. Die Meldung sorgte für Aufsehen bei internationalen Medien, insbesondere weil die USA sich schrittweise aus der Region zurückziehen. Die chinesische Zeitung Global Times kommentiert diesbezüglich, dass es für China, Russland und Iran von entscheidender Bedeutung sei, die Sicherheit der internationalen Schifffahrt zu gewährleisten.

"Der größte Teil des internationalen Handels Russlands wird von Frachtschiffen abgewickelt. Auch Iran ist bei seinen Ölexporten auf die Schifffahrt angewiesen. Chinas Öl- und Gasimporte sowie einige andere Außenhandelsgeschäfte hängen ebenfalls von der Schifffahrt ab. Die Sicherheit der Schifffahrt zu gewährleisten bedeutet, die wirtschaftliche Sicherheit der drei Länder zu gewährleisten."

Der Rückzug der USA wird, laut Global Times, unumgänglich zu einer Krise und Verunsicherung in Afghanistan führen. Die diesbezügliche Zusammenarbeit der drei Länder werde dazu beitragen, den inneren Frieden Afghanistans zu fördern und die Ausbreitung terroristischer Kräfte zu verhindern. Die gemeinsame Militärübung hat ebenfalls geopolitische Aspekte: Dies könne verhindern, dass westliche Akteure sich tief in die regionalen Angelegenheiten am Persischen Golf und in die inneren Angelegenheiten Irans einmischen.

"China und Russland hoffen womöglich, durch die Übungen auch die militärischen Fähigkeiten Irans zu stärken, damit Iran der Bedrohung durch die westlichen Länder effektiv

begegnen kann."

Die USA drängen allen Ländern ihre Ideologie auf. Sie hätten versucht, die internationale Gemeinschaft gewaltsam in zwei Lager zu spalten, indem sie sogar die Ausrichtung des Gipfels für "Demokratie" anstrebten. Die beschämende Bilanz der USA in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte sei weithin bekannt, kommentiert weiter Global Times. Die New York Post erwähnte in ihrem Kommentar zu dem bevorstehenden Militärmanöver insbesondere, dass die Übungen von den "drei größten US-Widersachern" durchgeführt werden.

Da Russland kürzlich erneut betonte, keine US-Armeeangehörigen in Zentralasien nach dem US-Abzug aus Afghanistan zu tolerieren, werden US-Operationen in der Region in naher Zukunft vom persischen Golf aus durchgeführt. Israel intensiviert unter anderem seine Sicherheitskooperationen mit den Golfstaaten VAE und Bahrain. Der israelische Auslandsgeheimdienst Mossad soll eine seiner Cybereinheiten in der Region im Zuge der Normalisierung der Beziehungen zu den Golfstaaten stationiert haben.

Der Persische Golf, wo die gemeinsame Übung der drei Kontrahenten der USA stattfindet, scheint sich zu dem neuen Schauplatz der Konflikte im Nahen Osten zu entwickeln.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61275daeb480cc65a10877ff.jpg>

### **Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden eine Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 24. Brigade auf Befehl Postupalskijs von den Positionen im Gebiet von Troizkoje aus **Kalinowo-Borschtschewatoje** mit Schusswaffen beschossen.

Infolge des Beschlusses von Seiten des Gegners wurde **ein Soldat der Volksmiliz der LVR verletzt**.

**Seit Beginn des heutigen Tages** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus **Solotoje-5** mit Schusswaffen beschossen, dabei wurde die Fensterverglasung der Mittelschule Nr. 4 in der Wokow-Straße 3 beschädigt.

Außerdem wurde von den Positionen der 57. Brigade im Gebiet von Pritschepilowka aus **Donezkij** mit Schusswaffen beschossen, dabei wurde die Fensterverglasung des Ambulatoriums in der Schewtschenko-Straße 22 beschädigt.

Die Fälle von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und um Beschuldigungen der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur

operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Aufgrund des Fehlens einer adäquaten Reaktion der ukrainischen Seite auf den von uns eingesetzten Koordinationsmechanismus, der von Punkt „d“ der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung vorgesehen ist, waren die Einheiten der Volksmiliz, geleitet durch den Befehl des obersten Kommandeurs der Volksmiliz der LVR, zur Unterdrückung der Feueraktivität des Gegners, die das Leben friedlicher Einwohner und von Soldaten gefährdete, gezwungen, das Feuer zu erwidern.

Die Verluste unter den ukrainischen Kämpfern werden noch ermittelt. ...

#### de.rt.com: **Israel droht erneut Iran: IDF beschleunigen operative Pläne gegen Teheran**

Der Stabschef der israelischen Armee warnt erneut vor Fortschritten des iranischen Atomprogramms. Einige hochrangige israelische Sicherheitsbeamte forderten in einem offenen Brief Premierminister Bennett auf, die Biden-Regierung dazu zu drängen, ihre Positionen gegenüber dem Atomdeal mit Iran zu überdenken.

Israels Militär beschleunige seine operativen Pläne gegen Iran aufgrund der Fortschritte im Atomprogramm des Landes, drohte erneut der Generalstabschef der israelischen Armee.

Generalleutnant Aviv Kochavi warnte, der jüngste Fortschritt des iranischen Atomprogramms habe die IDF dazu veranlasst, ihre operativen Pläne gegen Iran voranzutreiben. Das kürzlich genehmigte Verteidigungsbudget sei auch dafür vorgesehen, berichtet Jpost.

Kochavis Kommentar folgte nach der Abreise des israelischen Premierministers Naftali Bennett am Dienstag in Richtung Washington, wo er sich am Donnerstag mit dem US-Präsidenten Joe Biden treffen will. Es wird erwartet, dass Bennett bei seinem ersten Besuch bei Biden im Weißen Haus dazu bewegen will, seinen Ansatz gegenüber Iran zu verhärten und die Bemühungen um eine Wiederbelebung des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans (JCPOA) von 2015 einzustellen.

Israels oberster Militär Kochavi hat Washington in den letzten Monaten bereits mehrmals besucht und sich mit hochrangigen US-amerikanischen Beamten getroffen, darunter auch mit dem US-Verteidigungsminister Lloyd Austin und dem Nationalen Sicherheitsberater Jake Sullivan.

Der israelischen Regierung ist durchaus bewusst, dass die internationale Gemeinschaft kein Interesse an einem Krieg mit Iran hat, insbesondere seit dem raschen US-Abzug aus Afghanistan. Nun versucht Bennett, in Washington, D.C. eine mutmaßliche "Bedrohung" durch das iranische Atomprogramm wieder in die Schlagzeilen zu bringen. Premierminister Bennett versprach bereits im Vorfeld seines ersten Treffens mit US-Präsident Biden, er werde sich den Versuchen unter US-amerikanischer Führung widersetzen, den Atomdeal mit Iran wiederzubeleben.

Einige hochrangige israelische Sicherheitsbeamte und Reservisten forderten in einem offenen Brief ihren Premierminister Bennett am Mittwoch nochmals auf, die Biden-Regierung dazu zu drängen, ihre Positionen gegenüber dem Atomabkommen mit Iran zu überdenken, berichtet Israel National News.

Eine Gruppe von etwa 2.400 hochrangigen Offizieren, Kommandanten, pensionierten Soldaten und Reservisten forderten Bennett außerdem auf, Israels Abhängigkeit von der US-amerikanischen Hegemonie nach dem Afghanistan-Desaster zu überdenken. "In den letzten Wochen hat sich die geopolitische Landkarte des Nahen Ostens erheblich verändert, mit weitreichenden Auswirkungen und langfristigen Folgen für Israel", heißt es in dem Brief. "Diese Welt existiert nicht mehr, und die Rolle der USA im Nahen Osten ist nicht mehr die, die sie einmal war. Die USA behaupten nicht mehr die Hegemonie von vor 30 Jahren, Russland und Iran dominieren die Region."

Bennett traf sich bei seinem ersten Staatsbesuch in den USA seit seinem Amtsantritt am Mittwoch bereits mit dem US-Verteidigungsminister Lloyd Austin und dem US-

Außenminister Antony Blinken. Bennett sprach sich gegen die Möglichkeit eines neuen Atomabkommens zwischen Iran und den Weltmächten aus und sagte, dass jedes Abkommen auch die regionale "Aggression" Irans eindämmen müsse, berichtet AP. In den letzten Monaten gab es eine Reihe von Angriffen auf israelische Schiffe, von denen Israel behauptet, dass Iran in diese Angriffe involviert wäre.

Israelische Beamte sind besorgt, dass die USA all ihre Hoffnungen auf eine Wiederbelebung des Atomabkommens von 2015 gesetzt haben und keine echte Alternative präsentieren können, sollte Iran eine Rückkehr zu Atomdeal von 2015 ablehnen, wie es ihnen nun als wahrscheinlich erscheine. Die nicht namentlich genannten Quellen sagten Haaretz, Washington wolle Teheran nicht offen militärisch bedrohen – ein Schritt, von dem israelische Beamte glauben, er könne den positiven Effekt haben, die iranische Regierung einzuschüchtern und das Atomprogramm des Landes zu bremsen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61276f92b480cc65a1087821.JPG>

### snanews.de: „De facto abgeschlossener Prozess“: Kreml-Sprecher über Machtübernahme durch Taliban

Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat sich am Donnerstag gegenüber Journalisten zum Thema Afghanistan geäußert und die Machtübernahme im Land durch die radikal-islamistische Bewegung Taliban als einen „de facto abgeschlossenen Prozess“ bezeichnet. Russland habe die Taliban noch immer nicht anerkannt und beobachte die Entwicklung der Lage sehr genau, sagte Peskow.

„Wir glauben in der Tat, dass die Dominanz der Taliban in Afghanistan, d. h. die faktische Machtübernahme durch die Taliban und die Kontrolle über den größten Teil des Territoriums Afghanistans durch die Taliban, ein de facto abgeschlossener Prozess ist“, so der Kreml-Sprecher.

Weitere Schritte der Taliban-Bewegung in Afghanistan in Bezug auf das Recht und die Ordnung sowie die Sicherheit vor allem für die Bürger des Landes müssten noch genau beobachtet werden, hieß es. Es sollte künftig genau überwacht werden, wie die Taliban in Wirklichkeit ihre Dominanz bestätigen würden.

Die Lage in Afghanistan eskalierte, nachdem US-Präsident Joe Biden im April seine Entscheidung bekannt gegeben hatte, die US-Mission in Afghanistan zu beenden. Danach erhöhten die Kämpfer der radikal-islamistischen Bewegung Taliban das Tempo ihrer Offensive und etablierten am 15. August innerhalb von mehreren Stunden kampfflos die volle Kontrolle über Kabul. Daraufhin legte der afghanische Präsident, Aschraf Ghani, sein Amt nieder und floh aus dem Land. Die einzige Provinz, die nicht unter der Kontrolle der Taliban steht, ist Panjshir nordöstlich von Kabul, eine der flächen- und bevölkerungsmäßig kleinsten Regionen des Landes.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/01/47645\\_0:159:3079:1890\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_4f1a8a9a0c720ab075677f948a89c9dd.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/01/47645_0:159:3079:1890_1920x0_80_0_0_4f1a8a9a0c720ab075677f948a89c9dd.jpg)

wpered.su: **Wir müssen ein souveräner Staat werden – Boris Litwinow**

Die Donezker Volksrepublik muss ein souveräner Staat werden. Dies erklärte der Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der DVR, Autor der Deklaration über die Souveränität der DVR Boris Litwinow in einem Interview mit dem Telegram-Kanal „Der Donbass entscheidet“.

„All diese Dinge: Geld, Beziehungen zwischen Unternehmen – das ist alles zweitrangig. Alle mögliche Hilfe für uns, ja das kann geschehen. Aber als erstes brauchen wir die Anerkennung. Die Anerkennung unserer Republik“, meint der Politiker.

Er äußerte die Hoffnung darauf, dass nach den Wahlen solche Kräfte da sein werden, die von Worten zur Tat übergehen. Und so die DVR bald als selbständiger Staat anerkannt sein wird.

de.rt.com: **Taliban: "Lassen nie wieder Terroristen das Land als Stützpunkt nutzen"**

Der von den Taliban eingesetzte neue Minister für Information in Afghanistan Sabihullah Mudschahid hat RT ein exklusives Interview gegeben. Es ist das erste Interview, das er gab. Seine erste Erklärung lautet:

"Wir haben eine Verantwortung vor der internationalen Gemeinschaft, nie wieder zuzulassen, dass Terroristen Afghanistan als Basis von Operationen nutzen."

Und er fügte hinzu:

"Wir haben in den vergangenen 20 Jahren lehrreiche Erfahrungen gemacht und uns geändert. Wir wollen beweisen, dass wir nicht sind, wie die Anti-Taliban-Propaganda uns darstellt. Das wollen wir der Welt zeigen."

Im Weiteren formuliert Mudschahid Forderungen, deren Umsetzung zu einer Entschärfung der aktuellen Krisensituation führen könnte. Die Taliban richten die Forderungen besonders an die USA.

"Die Amerikaner müssen das Land verlassen, um die Situation am Flughafen Kabul zu entschärfen. Sie sind es, die die Leute zum Flughafen und zur Evakuierung drängen, indem sie ihnen ein besseres Leben im Westen versprechen. Man kann den Menschen nicht vorwerfen, diesen Versprechen Glauben zu schenken."

Mudschahid verspricht:

"Wir streben gute Beziehungen zu Amerika und Europa an. Wir werden alle ökonomischen und Handelsvereinbarungen Afghanistans mit unseren Partnern einhalten, ebenfalls die mit westlichen Nationen."

Als akute Probleme im Land nennt der Minister die Drogenabhängigkeit und das Geld, das der fliehende Präsident Aschraf Ghani gestohlen habe.

"Drei Millionen Afghanen sind abhängig von Drogen – das ist ein Desaster. Wir benötigen

Hilfe von der internationalen Gemeinschaft, den Anbau von Drogen mit dem Anbau von anderen Feldfrüchten zu ersetzen. Für Drogenhandel wurden bereits schwere Bestrafungen erlassen. (...) Der ehemalige Präsident hat bei seiner Flucht eine riesige Summe an Geld von mehreren Bankkonten gestohlen. Wir ermitteln noch, wie viel. Wenn wir ein Ergebnis haben stellen wir Forderungen nach einer Rückgabe an Afghanistan auf."

Abschließend kam Mudschahid auf die Dringlichkeit des termingerechten Abzugs des US-Militärs zurück:

"Die Amerikaner müssen das Land verlassen. Erst dann können wir unser zerstörtes Land wiederaufbauen. Wenn sie nicht bis zum 31. August abziehen, werden unsere politischen Führer harte Entscheidungen zu treffen haben."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61278135b480cc64ab7d4577.jpg>

### de.rt.com: **Russischer Botschafter: Schon vor der Explosion viele Tote am Flughafen von Kabul**

Am Flughafen von Kabul seien bereits vor den Explosionen von Donnerstagnachmittag etwa 50 Menschen ums Leben gekommen, sagte der russische Botschafter in Afghanistan, Dmitri Schirnow. Am Gelände herrsche seit Tagen Chaos.

Die chaotische Lage um den Flughafen in Kabul kostete bereits vor den Explosionen vom Donnerstag zahlreiche Menschenleben. Laut Dmitri Schirnow, dem russischen Botschafter in Afghanistan, seien dort seit Beginn der Evakuierung durch das US-Militär etwa 50 Menschen gestorben. Im russischen Staatsfernsehen sagte er:

„Der Flughafen von Kabul ist ein Chaos, die US-Amerikaner können dort nicht wirklich etwas sicherstellen. Es gibt Opfer, ungefähr 50 Zivilisten sind ums Leben gekommen.“ Schirnow teilte außerdem mit, dass 360 Russen am Vortag außer Landes gebracht worden seien. Etwa 100 weitere russische Staatsbürger seien noch im Land. Sie hätten aber keinen Willen geäußert, das Land zu verlassen. "Alle, die abreisen wollten, sind abgereist. Gestern wurden 360 Menschen mit vier extra bestellten Flugzeugen ausgeflogen", sagte Schirnow am Donnerstag.

Er betonte zudem, dass Russland mit den Taliban bei der Evakuierung russischer Staatsbürger sehr gut interagiert habe. Die Taliban hätten mitgeholfen und eine organisierte Warteschlange sichergestellt, um ein Gedränge zu verhindern.

Das russische Außenministerium teilte im Juli mit, dass Moskau bereits sieben Jahre zuvor damit begonnen habe, Kontakte zu den Taliban zu knüpfen, um seine "Bedenken" hinsichtlich der Sicherheit in der Region zu äußern. Russland ist neben den USA, Indien, Pakistan, China und anderen Staaten am Friedensprozess beteiligt, der darauf abzielt, den Krieg in Afghanistan zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung, den amerikanischen Streitkräften und ihren Verbündeten zu beenden.



<https://cdn.rttom.de/deutsch/images/2021.08/article/6127974ab480cc7fba6bf892.jpg>

**abends:**

de.rt.com: **Krim-Plattform: Russland hält Position der Türkei zur Krim-Frage für falsch**  
Russland kritisiert die Türkei wegen ihrer Position zur Krim-Frage in der internationalen Veranstaltung "Krim-Plattform". Zeitgleich zum Beginn des Gipfeltreffens einer "Krim-Plattform" am 23. August in Kiew gab Moskau bekannt, Russland und die Türkei befänden sich in der Endphase der Verhandlungen über eine Lieferung weiterer S-400-Abwehrsysteme an Ankara.

Russland kritisierte am Mittwoch die Türkei wegen der Position zur Krim-Frage, berichtet TASS. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bezeichnete jüngste Äußerungen des türkischen Außenministers Mevlüt Çavuşoğlu, wonach die Halbinsel zur Ukraine gehöre, als inakzeptabel. "Die Krim-Frage führt zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten", betonte Peskow.

Am 23. August fand in der ukrainischen Hauptstadt Kiew eine groß angelegte internationale Veranstaltung "Krim-Plattform" statt. Ziel des Forums soll nach Angaben der Gastgeber die "Rückholung der Krim" auf diplomatischem Wege sein. Auch Çavuşoğlu wurde zu dem ersten Gipfel dieser sogenannten "Krim-Plattform" eingeladen. Der türkische Außenminister sagte den Journalisten vor dem Gipfel: "Wir haben die illegale Annexion der Krim nie anerkannt und betonen ständig, dass wir dies nicht tun werden."

Der Kreml-Sprecher reagierte auf die Einlassung des türkischen Außenministers in Kiew mit der Feststellung: "Wir akzeptieren die Position unserer türkischen Kollegen nicht, da wir sie für völlig falsch halten. Wir haben genug Geduld und sind bereit, unseren türkischen Kollegen sowie anderen Ländern zu erklären, wie die tatsächliche Situation in dieser russischen Region aussieht".

Im März 2014 hatte auf der Krim ein Referendum stattgefunden, bei dem sich die überwiegende Mehrheit der Einwohner dieser Halbinsel für die Wiedervereinigung mit Russland ausgesprochen hatte.

Der ukrainische Präsident Selenskij und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan unterzeichneten im April 2021 eine 20-Punkte-Erklärung, mit der auch die Türkei nicht nur ein Ende der angeblich "illegalen und rechtswidrigen Annexion der Krim" fordert, sondern auch ihre Unterstützung für einen NATO-Beitritt der Ukraine bekräftigt.

Seit 2018 erwirbt die Ukraine türkische Kampfdrohnen des Typs "Bayraktar", die im Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan im vergangenen Jahr zum Einsatz kamen und Aserbaidschan maßgeblich zum Sieg verholfen hatten. Die Ukraine erklärt, dass sie die Drohnen zu "Verteidigungszwecken" kaufe.

Zeitgleich zum Beginn des zweitägigen Gipfeltreffens der Krim-Plattform am 23. August gab Moskau bekannt, Russland und die Türkei befänden sich in der Endphase der Verhandlungen über die Lieferung zusätzlicher S-400-Abwehrsysteme an Ankara. Selim Koru, Analyst der Economic Policy Research Foundation of Turkey, einer in Ankara ansässigen Denkfabrik, sieht darin womöglich keinen Zufall, dass Russland während dieses Gipfels die anstehende Unterzeichnung eines neuen Deals bekanntgab, berichtet Al-Monitor.

Moskau und Ankara hatten 2017 eine Vereinbarung über die Lieferung der S-400 an die Türkei unterzeichnet. Wegen des Einsatzes des russischen Raketenabwehrsystems verhängten die USA bereits Sanktionen gegen den NATO-Bündnispartner Türkei. Aber Ankara bemüht sich, einer Politik zu folgen, die Washingtons Anforderungen erfüllt, ohne Moskau zu verärgern – ein Balanceakt, der sich als viel schwieriger erweist als das Verhältnis zwischen Moskau und Kiew, kommentiert Al-Monitor.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/61278ff648fbef13ad54d39e.jpg>